

## Ewiger Krieg

Krieg ist die vernichtendste Handlung der Menschheit und er ist zu einem der wichtigsten Werkzeuge der Konzernokratie geworden. Dank moderner Technik und dem fortwährenden Wettkampf der Staaten um Einfluss sind die Folgen heute schwerwiegender als je zuvor. Die ersten Opfer sind immer unbeteiligte Zuschauer. Genaue Zahlen sind zwar schwierig zu bekommen, aber es gibt keinen Zweifel daran, dass aufgrund der technischen Entwicklungen der Trend in Richtung von höheren Prozentsätzen toter Zivilisten im Verhältnis zu Militärpersonal geht. Beispiele dafür sind der zunehmende Einsatz von unbemannten Drohnen, Luft-Boden-Raketen und Präzisionsbomben, die aus großen Höhen abgeworfen werden. Eine Analyse liefert folgende Schätzungen zum Prozentsatz ziviler Opfer in Kriegen: Erster Weltkrieg 10 %, Zweiter Weltkrieg 50 %, Vietnamkrieg 70 %, Golfkrieg 90 %.<sup>9</sup> Zu den direkten Opfern kommen oft noch

generationenübergreifende Langzeiteffekte hinzu (Krebs, körperliche Missbildungen usw.), z.B. durch Atombomben (Zweiter Weltkrieg), Agent Orange (Vietnam), abgereichertes Uran (Golfkrieg). Zudem sind die Schäden an Umwelt und Infrastruktur gigantisch. Neben den direkten durch Krieg verursachten Schäden fallen Kosten für den Aufbau und Erhalt militärischer Leistungsfähigkeit an, selbst wenn sie nie zum Einsatz kommt, durch die Mittel von sinnvolleren Anwendungen abgezogen werden. Wie das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) berichtete, lagen 2010 die Militärausgaben weltweit bei 1,5 Billionen US-Dollar. Die USA hatten mit 698 Milliarden US-Dollar den größten Anteil – sechsmal mehr als China mit dem zweitgrößten Militärhaushalt.

Beim Zusammenbruch der Sowjetunion wurde viel über die künftige „Friedensdividende“ gesprochen. Nun, da der Kalte Krieg vorüber war, folgerte man, könnten die Verteidigungsausgaben reduziert und die enormen Mittel, die das Militär eine ganze Generation lang verschlungen hatte, in Teile der US-Wirtschaft umgelenkt werden, die dringend einer besseren finanziellen Ausstattung bedürfen – öffentliche Schulen, Instandsetzung der Abwassersysteme, öffentlicher Verkehr, Straßen, Schienenverkehr, Umweltschutz und -sanierung und noch viel mehr, was die Lebensqualität in den USA verbessern könnte. Die Militärausgaben gingen tatsächlich in den Folgejahren leicht zurück, schnellten aber nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wieder auf Rekordhöhen.

Abbildung 8.2 zeigt die Entwicklung der US-Militärausgaben in inflationsbereinigten Dollar (Bezugsjahr 2009). Die Zahlen liegen ein wenig höher als die SIPRI-Zahlen, weil sie Verteidigungsausgaben beinhalten, die nicht militärischer Natur sind, z.B. Verfassungsschutz, Ausgaben für Terrorismusbekämpfung des FBI, Ausgaben für nachrichtendienstliche Tätigkeiten der NASA und Zinsen für Schulden aus Verteidigungsausgaben.

Die meisten Menschen akzeptieren, dass die Aufrechterhaltung eines starken Militärs zu Verteidigungszwecken notwendig ist und dass das Militärbudget logischerweise steigen muss, wenn eine potenzielle Bedrohung am Horizont erscheint, und dass es in Friedenszeiten sinken sollte. Aber eine solch vereinfachende Denkweise ignoriert die Dynamik der Militärausgaben, die sich in den USA seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat. Die Budgets scheinen regelmäßig zu steigen und selten zu sinken. Präsident Eisenhower warnte in seiner berühmten Abschiedsrede 1961, dass „wir auf der Hut sein müssen davor, dass der militärisch-industrielle Komplex, gefragt oder ungefragt, unberechtigten Einfluss erringt“. Einige, die Eisenhower nahe standen, behaupten, dass sein ursprünglicher Ausdruck „militärisch-industriell-parlamentarischer Komplex“ war – ein weitaus deutlicherer Ausdruck. Er ließ ihn fallen, um seine Verbündeten im Kongress

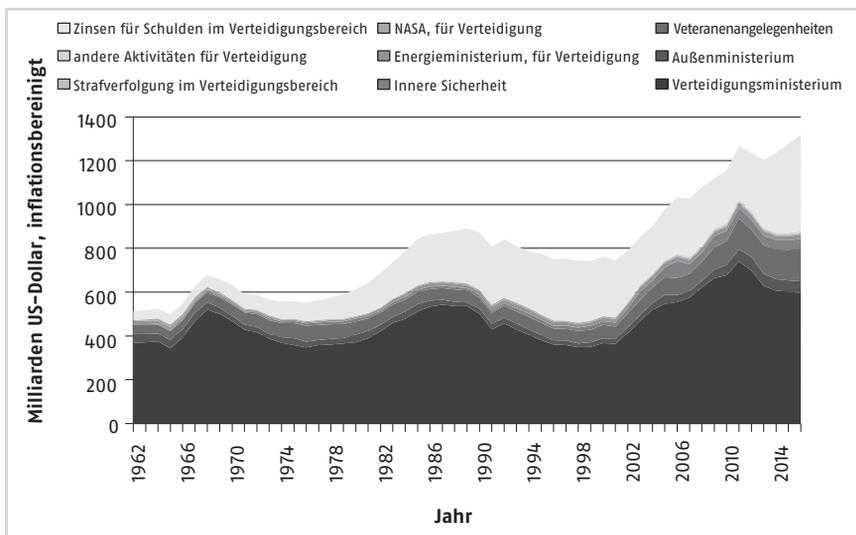


Abb. 8.2. **US-Militärausgaben 1962–2015**

Mit Dank an „johnpseudo“, [http://en.wikipedia.org/wiki/Military\\_budget\\_of\\_the\\_United\\_States](http://en.wikipedia.org/wiki/Military_budget_of_the_United_States)

nicht zu beleidigen. Eisenhower befürchtete, dass dieses mächtige Dreieck gegenseitiger Interessen „unsere Freiheiten oder demokratische Prozesse gefährden“ könnte. Die Zeit hat gezeigt, dass seine Sorge völlig berechtigt war. Seit Eisenhowers Präsidentschaft hat sich das Dreieck zu einem Fünfeck erweitert, das man den „finanziell-medial-militärisch-industriell-parlamentarischen Komplex“ nennen könnte, was wiederum nur ein anderer Name für die Konzernokratie ist, in der die Finanzbranche heute die führende Rolle übernimmt.

Die Konzernokratie braucht nicht lange zu suchen, wo sich die Hauptbedrohung für ihre Macht befindet. Nicht im Ausland, wie man Sie gern glauben machen möchte – sondern bei der großen Mehrheit der amerikanischen Bürger, die glauben, in einer Demokratie zu leben. Irgendwann könnten sie es leid sein, ausgebeutet zu werden, und könnten beschließen, ihre nicht unbeträchtliche Macht zu nutzen, um die Kontrolle zurückzuerobern und echte Demokratie wiederherzustellen. Das ist die größte Angst der Konzernokratie. Daher kommt das Bedürfnis nach Überwachung und Kontrolle der amerikanischen Bürger, das durch den USA PATRIOT Act\* und das Ministerium für Innere Sicherheit lega-

\* ein Antiterrorismusgesetz, das nach dem Anschlag vom 11. September 2001 auf das World Trade Center von Präsident Bush unterzeichnet wurde und die Bürgerrechte der Amerikaner einschränkt (Anm. d. Übers.)

lisiert wurde. Daher kommt auch der Bedarf an einem äußeren Feind – wenn nötig einem erfundenen – um solche Gesetze und den ununterbrochenen Fluss der riesigen Geldmengen in ihre Kassen zu rechtfertigen. George Kennan, der den Kern der Bedürfnisse der amerikanischen Elite vielleicht wie kein anderer erfasste, schrieb 1987 prophetisch: „Versänke die Sowjetunion morgen im Meer, müsste der amerikanische militärisch-industrielle Komplex im Wesentlichen unverändert bestehen bleiben, bis ein anderer Feind erfunden werden könnte.“<sup>10</sup>

Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ war die ideale Erfindung, um den Bedarf an einem externen Feind zu befriedigen und somit Kennans Vorhersage zu erfüllen. Er macht auch sichtbar, was Professor Seymour Melman als den „ewigen Krieg“ bezeichnete – eine notwendige und logische Folge des Machterhaltungsplans der Konzernokratie. Johan Galtung hat die durchschnittliche Zahl der amerikanischen Interventionen pro Jahr berechnet. Im Zeitraum zwischen 1848 und 1945 lag sie bei 1,15, bis zum Ende des Kalten Krieges 1991 stieg sie auf 1,25 pro Jahr. Im Zeitraum zwischen 1991 bis 2001 *stieg* die Zahl weiter auf 2,2 (22 Eingriffe). „Das passt zu der Hypothese, dass ein Imperium oder eine Vormachtstellung mehr Eingriffe zu ihrem Schutz benötigt, wenn sie sich ausdehnt“, schreibt er.<sup>11</sup> Die Zahlen bestätigen auch die Behauptung Melmans, dass die USA eigentlich einen ewigen Krieg führen. Die US-Militärausgaben haben von 2001 bis 2010 um 81 % zugenommen, passend zu David Kortens Behauptung, dass, wenn „Imperien zerfallen, die regierenden Eliten immer korrupter und skrupelloser werden in ihrem Bemühen, ihre Macht zu sichern – eine Dynamik, die aktuell in den USA abläuft.“<sup>12</sup>

## Die tatsächliche Weltordnung

Im globalen Zusammenhang ist es eine unbestrittene Tatsache, dass in der WTO, dem IWF, der Weltbank, der NATO oder im UN-Sicherheitsrat nichts Wesentliches gegen die Wünsche und Interessen der USA geschieht. Die USA sind immer der „Aufsichtsratsvorsitzende“ in diesen internationalen Schlüsselorganisationen und haben dort ein Unterstützernetzwerk enger Verbündeter, die selten Protest verlauten lassen. Daher ist die Antwort auf die Frage „Wer regiert die Welt?“ die gleiche wie die Antwort auf die Frage „Wer regiert die USA?“.

Souveräne Staaten sind im Prinzip unabhängig, haben aber in der Praxis sehr wenig Spielraum bei ihrer Wirtschafts- oder Außenpolitik, wenn diese nicht mit den Wünschen der USA und daher der amerikanischen Konzernokratie übereinstimmt. Immer mehr Schriftsteller, Journalisten und Normalbürger nennen

die aktuelle Weltordnung das „amerikanische Imperium“. Ich bin mir sicher, dass viele Amerikaner dieser Ausdrucksweise widersprechen würden. Nichtsdestotrotz – und es schmerzt mich, dies zu sagen, da ich in Nordamerika zu einer Zeit aufgewachsen bin, in der solche Gedanken Spott hervorriefen – bin ich widerstrebend geneigt, zuzustimmen. Die Dinge haben sich im Lauf meines Lebens deutlich verändert.

Kommentatoren diskutieren heute offen, welche Art von Imperium sich da entwickelt hat, und man ist sich darüber nicht einig. Eine Minderheit sieht sogar ein paar positive Aspekte. Es ist in vielerlei Hinsicht sicher einzigartig. Eine vernünftige Definition lautet: eine Form, die manche „Super-Imperialismus“ nennen, bei der die US-Politik nicht einfach nur von den Interessen der amerikanischen Geschäftswelt getrieben wird, sondern auch von den Interessen der ökonomischen Eliten einer folgsamen Allianz von Industriestaaten. Aus dieser Sicht besteht der zentrale Konflikt eher zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern als zwischen konkurrierenden Industriemächten.

Was sich entwickelt hat, ist ein einzigartiges „Konzern-Imperium“, in dem die Rolle des Imperators von der Konzernokratie gespielt wird. Obwohl es keine formale Hierarchie gibt, ist die Weltordnungspolitik eigentlich in ein Imperium eingebettet, streng kontrolliert durch ein weites Netzwerk von Unternehmen und Unterstützern in den USA und im Ausland, die ein Interesse am Erhalt des Status quo haben. Die Mehrheit normaler Bürger in den Industriestaaten scheint sogar durchaus willens, das System passiv zu unterstützen und davon zu profitieren, obwohl sie keinen Einfluss auf Entscheidungen haben. Außerdem sagt ihnen der „amerikanische Traum“, sie könnten im Prinzip so erfolgreich werden, dass sie sich der Elite anschließen dürften. Die Rollen der Sprecher für den kollektiven Imperator werden normalerweise von den charismatischsten Führungspersönlichkeiten des Finanz- und Industriesektors in den USA übernommen, die miteinander in enger Verbindung stehen und bestimmen, was akzeptabel ist und was nicht. Oft übernimmt ein Mitglied ihres inneren Zirkels die Schlüsselstellung des Finanzministers. Der Präsident muss diesen Personen nicht wohlgesinnt sein. George W. Bush war das ganz klar; Barack Obama deutlich weniger. So oder so ist es für einen US-Präsidenten sehr schwierig, Programme gegen die Wünsche der Konzernokratie durchzusetzen. Das konnte man z. B. an den milden „Klaps auf die Finger“-Finanzreformen von 2009 und dem erbitterten Widerstand gegen Präsident Obamas Gesundheitsreform und seine Vorschläge für eine Schuldengrenze sehen. Im Rest dieses Buches werde ich mich auf diese von der Konzernokratie kontrollierte Weltordnung einfach mit dem Begriff „das Imperium“ beziehen.

Die US-Regierung kontrolliert zwar die internationalen Schlüsselinstitutionen direkt oder indirekt, beratschlagt sich aber doch regelmäßig mit anderen Staaten, um das höchstmögliche Maß von Koordination und Übereinstimmung zu erreichen, wo immer es geht (z. B. in EU, G7, G20, NATO, Rat für Auslandsbeziehungen, Bilderberg-Konferenzen, verschiedenen privaten Clubs und internationalen Konferenzen). Das ist die „Sprich sanft und schwinge den Rohrstock“-Strategie, die Theodore Roosevelt populär machte. Dank einem Militärbudget, das so groß ist wie alle anderen Militärbudgets zusammen, einem nuklearen Waffenarsenal, das Russland 1000-mal zerstören könnte, und über 800 weltumspannenden Militärbasen sind amerikanische Argumente ziemlich überzeugend. Chalmers Johnson schreibt: „In früheren Zeiten konnte man die Ausbreitung des Imperialismus anhand der Zahl der Kolonien verfolgen. Amerikas Version einer Kolonie ist die Militärbasis. Und wenn man mitverfolgt, wie weltweit Militärbasen gebaut werden, kann man viel über unseren immer umfassenderen imperialen ‚Fußabdruck‘ und den mitwachsenden Militarismus lernen.“<sup>13</sup>

Man kann einwenden, dass das Imperium weit über die USA hinausreicht, wenn man die vielen unterstützenden ausländischen Eliten sowohl in Industrieländern als auch in Entwicklungsländern berücksichtigt. Das stimmt zwar, aber die USA sind dennoch die mit Abstand vorherrschende Macht – diejenige, die

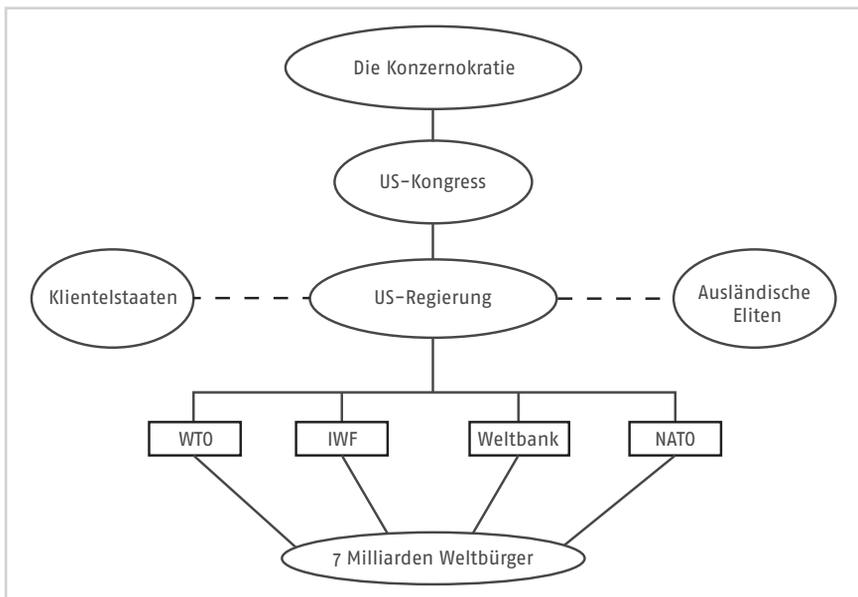


Abb. 8.3. Die heutige Weltordnung

das Sagen hat. Kein anderer Staat kann von sich sagen, von einer Konzernokratie regiert zu werden, auch wenn die Unternehmen in ihren Heimatländern oft sehr einflussreich sind. Die Meinungen von Verbündeten, Klientelstaaten und ausländischen Unternehmen werden zwar gehört, aber die Kontrolle wird von der amerikanischen Konzernokratie ausgeübt, dem Weltführer, und Abbildung 8.3 zeigt eine vereinfachte Version der tatsächlichen heutigen Weltordnung.